

Radikalenerlass

Beitrag von „carla“ vom 15. Mai 2004 22:35

Hello miteinander!

Als ich heute die im Laufe der Woche (Ub....) so liegengebliebenen Tageszeitungen abgearbeitet habe (als exilhessin v.a. die beiden Frankfurter) ist mir bei einem Artikel in der FR (vom Freitag) vor Überraschung fast der nachmittägliche Käsekuchen im Hals stecken geblieben:

Zitat

Linkem Lehrer droht Berufsverbot

Baden-Württemberg prüft, ob das Land den Radikalenerlass anwendet / Nach Jahrzehnten erster Fall

In Heidelberg soll einem Lehrer auf der Grundlage des Radikalenerlasses der Eintritt in den Schuldienst verwehrt werden. Die Grünen im baden-württembergischen Landtag fragen im Fall Csaszkóczy nach "Verhältnismäßigkeit".

VON GABRIELE RENZ

Heidelberg · 13. Mai · Michael Csaszkóczy studierte Deutsch, Geschichte und Kunst in Heidelberg. Im Sommer 2003 legte er sein zweites Staatsexamen mit der Note 1,8 ab. Der 33-Jährige stünde nach eigenen Angaben bereits seit 1. Februar vor einer Klasse, wenn das baden-württembergische Kultusministerium unter deren Chefin Annette Schavan (CDU) nicht prüfen würde, ob in seinem Fall der Radikalenerlass aus den 70er Jahren angewendet werden muss.

.....

Kultus- sowie Innenministerium meldeten von sich aus Zweifel an Csaszkóczys Verfassungstreue und dessen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung an. Als Student führte er Jugendliche durch das Heidelberg der Nationalsozialisten, machte sich für den Erhalt des Autonomen Zentrums stark und schrieb Artikel - bisweilen mit deutlicher Kapitalismuskritik, die der Verfassungsschutz als "Forderung nach Beseitigung unserer Gesellschaftsordnung" auslegt. Zehn Jahre lang, bis 2002, wurde er vom Staatsschutz beobachtet.

.....

Die Polizei hatte Csaszkóczy oft als Gegendemonstrant von Nazi-Aufmärschen verhaftet. Die Ermittlungsverfahren gegen ihn wurden aber eingestellt. Vorbestraft ist er nicht. "Sind Sie Mitglied der Antifaschistischen Initiative?", wurde Csaszkóczy im

"vertieften Gespräch" gefragt. Sein "Ja" habe dem Gremium gereicht, erinnert er sich. Im Antifa-Grundsatzpapier findet sich der Satz "Militanz ist ein legitimes Mittel im Kampf um Befreiung". Csaszkóczy durfte schriftlich präzisieren: "Militanz bezeichnet eine widerständische Haltung, die nicht vor Konfrontation zurückschreckt".

Die Amtsvertreter hätten deutlich Zweifel geäußert, dass die Bedenken ausgeräumt seien, meint Csaszkóczy. Sein Anwalt Michael Heiming vermutet, die Befragung sei "einfach abgehakt" worden, um das Verfahren formal nicht als fehlerhaft angreifbar zu machen. Das Oberschulamt verweist schweigend auf das "Personalgeheimnis". Dieser Tage wird dem Kultusministerium die "Aufbereitung" des Gesprächs übermittelt. Schavan muss entscheiden.

Soweit ich weiß, wurde dieser Erlass seit Ende der 70er nicht mehr angewendet und in manchen Bundesländern sogar aufgehoben. Was haltet ihr davon, im in der Zeitung beschriebenen Fall wie auch im allgemeinen? Sollte, und wenn ja welches, politisches Engagement für Lehrer tabu sein?

Viele Grüße,

carla